

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Amisblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: 30 Mark pro Jahr. Ein einzelnes Exemplar 85 Mark pro Stück. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum 12 Goldpfennig, die Rückseite 8 Goldpfennig. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren ist der Preis ermäßigt. In der Druckerei der Zeitung ist eine Anstalt für die Herstellung von Lichtdruck auf Bestellung. In der Druckerei ist eine Anstalt für die Herstellung von Lichtdruck auf Bestellung. In der Druckerei ist eine Anstalt für die Herstellung von Lichtdruck auf Bestellung.

Nr. 272.

Altensteig, Dienstag den 20. November.

Sabergang 1928

## Die Rentenmark.

Die Rentenmark ist, wie in Aussicht genommen war, am 15. November erschienen. Damit ist die Zwischenwährung ins Leben getreten, die die Brücke zur eigentlichen Goldwährung bilden soll. Um die Behandlung der Währungsfrage einheitlich zu gestalten, ist das Amt eines Währungskommissars geschaffen und mit dessen Wahrnehmung Direktor Schacht von der Nationalbank betraut worden.

Von der neuen Rentenmark ist zunächst ein Teilbetrag auf dem Wege über die Beamtenbezahlungen in den Verkehr geleitet worden, wovon man aber in Süddeutschland bis jetzt nichts oder wenig gemerkt hat. Nach langwierigen Verhandlungen hat der Verwaltungsrat der Nationalbank der Reichsregierung zunächst 200 Mill. M. Rentenmark als festverzinslichen Kredit bewilligt. Darüber hinaus hat die Reichsregierung einen weiteren Kredit von 100 Mill. M. erhalten, der als Erwerbslosenfürsorge für die besetzten Gebiete Verwendung finden soll. Bemerkenswert daran ist, daß dieser letztere Kredit nicht in Rentenmark, sondern in Papiermark in das besetzte Gebiet geht, und zwar mit Rücksicht auf die Gefahr, die bekanntermaßen die Geldsendungen des Reiches durch die Franzosen stets ausgefesselt sind. Damit steht dem Reich nur noch ein verzinslicher Rentenmarkkredit von 600 Millionen und ein unverzinslicher von 300 Millionen zur Verfügung. Diese Kredite werden dem Reich nun nicht etwa unbesehen zur Verfügung gestellt, sondern es findet eine sehr genaue Prüfung der Berechtigung und Notwendigkeit durch die Organe der Rentenbank, die wieder der Wirtschaft als Ganzes verantwortlich sind, statt. Bisher war es bekanntlich für das Reich eine einfache Sache, sich Geldmittel zu verschaffen, indem er die vom Reichstage jederzeit in freigelegter Weise bewilligten Kredite bei der Reichsbank in Form von Schatzscheinen in Umlauf brachte. Das hat mit dem 15. d. M. ein Ende. Die nunmehr einsetzende strenge Prüfung der Ansprüche des Reiches wird hoffentlich ein Ansporn mehr sein, endlich Ordnung in die finanziellen Verhältnisse zu bringen und namentlich auf einen Abbau aller überflüssigen Ausgaben hinzuwirken.

Wenn die neue Rentenmark ein wirkliches Zirkulationsmittel werden soll, so muß mit der bisherigen Devisenpolitik gebrochen werden. Denn die künstliche Niedrighaltung der Kurse von Devisen und Devisenerwerbmitteln wird immer wieder dazu führen, daß das Publikum zwar wertbeständige Zahlungsmittel annimmt, sie aber keineswegs zu dem billigen Kurs abgeben wird. Am Tage der erstmaligen Ausgabe der Rentenmark sind zwar Dollar und Goldanleihe auf 2,52 Billionen heraufgesetzt worden. Der Wert einer Goldmark betrug demgemäß 600 Milliarden Papiermark. Derselbe Kurs wurde auch für die Rentenmark erklärt, die noch einer besonderen Börsennotierung entbehrt. Daß auch dieser Kurs noch nicht den wirklichen Verhältnissen entspricht, beweist das Aufgeld, welches wertbeständige Zahlungsmittel in zunehmendem Maße im Verkehr erzielen. Dieses Aufgeld kommt u. a. zum Ausdruck in Rabatten, welche bei wertbeständiger Zahlung von den Verkäufern gewährt werden. Wenn das Reich nun die Rentenmark mit 600 Milliarden in den Verkehr setzt, so wiederholt sich das Aufgeld, was sich schon bei der Ausgabe der Goldanleihe wie bei allen Stützungsaktionen der Mark ergab. D. h. das Reich verfährt zu einem erheblichen Teil Substanzmittel, die ihm im Falle der Rentenmark noch dazu von der Wirtschaft im Wege des Kredites zur Verfügung gestellt wurden. Das Reich gibt also billig wertbeständige Zahlungsmittel ab, ohne daß der eigentliche Zweck einer solchen Politik, nämlich die Niedrighaltung der Warenpreise erreicht würde. Im Gegenteil lehrt die Erfahrung, daß sich die Preisbildung auf dem Warenmarkt vollkommen von dem künstlichen Dollar losgelöst hat. Es ist eine Steigerung des Goldniveaus eingetreten, die wieder abgehangen werden muß, und zwar spätestens in dem Moment, wo die freie Preisbildung auf dem Devisenmarkt wieder stattfinden wird. Das Goldniveau der inländischen Warenpreise würde sonst eine Höhe erreichen, die weit über dem Warenpreinsniveau des Auslandes liegt, wodurch jeder Export automatisch unterbunden würde.

Von einer börsenmäßigen Notierung der Rentenmark dürfte vorläufig wohl noch Abstand genommen werden, weil infolge der unglücklichen Verhältnisse auf dem Devisenmarkt die Gefahr besteht, daß die Rentenmark von vornherein einer Unterbewertung unterliegen könnte. Für

## In keiner Zeit

war das Lesen einer Zeitung nötiger als heute, bei den Umwälzungen auf wirtschaftlichem und der Hochspannung auf politischem Gebiet. Man bestelle deshalb sofort unsere Zeitung.

Die Bewertung der Rentenmark als solcher kommt der doppelte Charakter als Anlagepapier und Zahlungsmittel in Betracht. Die Rentenmark ist Anlagepapier insofern, als sie gewissermaßen ein Zertifikat auf Rentenbriefe darstellt, welche bei der Rentenbank auf Grund von Belastungen der Landwirtschaft und der Gewerbe hinterlegt sind. Da die Rentenmark jederzeit gegen 5 Prozent Rentenbriefe umgetauscht werden kann, so ergibt sich von selbst, daß die Verzinsung der Rentenbriefe wiederum von Einfluß auf die Bewertung der Rentenmark selbst ist. Ob nun diese Verzinsung angesichts der außerordentlichen Kapitalknappheit vom Kapitalistenpublikum als genügend angesehen wird, bleibt eine offene Frage. Was die Sicherheit der Rentenbriefe anbelangt, so wird es ganz davon abhängen, ob die Wirtschaft angeht, der politisch völlig ungesicherten Verhältnisse auf die Dauer in der Lage sein wird, die im Interesse der Rentenbank eingezogene Schuld von 6 Prozent zu verzinsen.

Wie schon erwähnt, hat mit dem 15. November die Diskontierung von Schatzscheinen bei der Reichsbank ihr Ende gefunden. Wie hoch die gesamte Schatzscheinschuld des Reiches sich an diesem Tage belaufen hat, ist nicht bekannt. Man spricht aber von einem sehr hohen Betrag. Das Reich hat sich bekanntlich noch Ende Oktober die Ermächtigung erteilen lassen, seine laufenden Papiermarkkredite zu besorgen, wodurch ihm bei der inzwischen eingetretenen Entwertung große Summen zur Verfügung stehen. Diese Kredite müssen natürlich noch in Papiermark abgezogen werden, so daß die Notenpresse noch nicht sofort zum Stillstand gebracht werden kann. Immerhin aber läßt sich bereits die Summe des noch ausstehenden Papiergeldes abschätzen, so daß man die Möglichkeit eines Umstüßens in Goldzertifikate ins Auge fassen kann. (D. A. J.)

## Der Reichsstaatskanzler über die Lage.

Berlin, 19. Nov. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei trat am Sonntag zu einer außerordentlichen stark besuchten Tagung zusammen. Reichsstaatskanzler Dr. Stresemann hatte das Referat über die politische Lage. Er ging zunächst auf die außenpolitischen Fragen ein und wies auf die Aufgabe des passiven Widerstandes hin, die wohl überall Zustimmung gefunden habe. Die Bedeutung der Entwicklung der außenpolitischen Lage liege für uns darin, daß sie vielleicht einen neuen europäischen Geschichtsabschnitt einleite und diese Bedeutung bleibt bestehen, auch wenn die nächsten Folgen in weiteren Gewalttaten Frankreichs bestehen. Die Zeit, in der wir leben, trägt alle Merkmale einer fieberhaften Uebergangszeit. Frankreich hat es dahin getrieben, daß die wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Industrieländern nicht zum Abschluß gekommen sind. Infolgedessen sind wir gegenüber dem besetzten Gebiet in einer sehr schweren Lage. Wir stehen vor der Tatsache, Rhein und Ruhr nicht mehr finanzieren zu können, ohne daß das Reich zusammenbricht. Mit den Krediten, die wir von der Rentenbank bekommen, müssen wir unbedingt auskommen. Das besetzte Gebiet braucht für 10 bis 14 Tage etwa 100 Millionen Goldmark. Unsere Kredite würden also bald erschöpft sein und damit wäre alles verloren, was wir mit der Rentenbank erreichen wollten. Die Verhandlungen der Industriellen sind mit dem Einverständnis der Regierung geführt worden. Sie sind gescheitert, weil Frankreich die Kohlenlieferungen nicht auf Reparationskonten aufschreiben wollte. In der Forderung, die Kohlenlieferungen für die anderen Verpfichtungen Deutschlands anzurechnen, konnte nur der Versuch liegen, uns zur Anerkennung des Ruhrstreiks zu zwingen und mit den Kosten desselben zu belasten. Die zehnstündige Arbeitszeit, von der Polycare spricht, hat deshalb überhaupt keine Rolle gespielt. Wir haben unsere Entscheidung treffen müssen, weil wir nationale Grundrechte Deutschlands nicht preisgeben durften. In der Währungsfrage ist der Grundgedanke einer neuen wertbeständigen Währung durchgesetzt worden. Die Regierung hat so rasch und schnell gehandelt, wie es unter den gegebenen Voraussetzungen möglich war. Für die Uebergangszeit wurden manchmal zu einer Politik auf Tage gegriffen. Der politische Grund aber war ausschlaggebend und

wenn es gelungen ist, die soziale Ruhe und Ordnung in Berlin und im Reich aufrecht zu erhalten, so ist das ein Beweis, daß unsere Maßnahmen richtig waren. Innerpolitisch hat uns die bayerische und die sächsisch-thüringische Frage am meisten beschäftigt. Wenn es gelungen ist, die Lösung der sächsischen Frage unter Zustimmung der sozialistischen Minister in Angriff zu nehmen, so ist das die Folge einer Politik, die man doch wohl nicht als Fehlschlag bezeichnen kann. Es ist in Deutschland gefährlich, den Bogen des Zentralismus zu überspannen. In Thüringen hat sich das Ausscheiden der Kommunisten erfreulicherweise ruhig vollzogen. In Bayern spielte sich der Kampf auf dem Gebiet besonderer staatlicher Forderungen gegenüber der Zentralgewalt ab, ohne daß dabei die Notwendigkeit eines direkten Eingreifens vorlag. Es war das Recht Bayerns, zu versuchen, die alten Rechte wieder zu erlangen und die Regierung hat dagegen niemals Front gemacht, sobald der Versuch auf verfassungsmäßigem Wege erfolgte. Die einzelnen Teile der Reichswehr müssen unbedingt unter einer Zentralleitung zusammengefaßt sein. Inzwischen haben die Dinge in Bayern eine neue Entwicklung eingeschlagen. Es wird der Reichsregierung immer zugerufen: Laßt! Nun dort in München waren die Tatmenschen. Wie soll man sich aber die Politik denken, wenn sie von solchen Tatmenschen gemacht wird? Was im übrigen gegen die Persönlichkeiten des 9. November zu tun ist, muß Sache des Reichsanwalts sein. Es gibt viele, die behaupten, die Parteien seien tot und die Regierung müsse sich auf die nationalen Kraftweihen des Landes stützen. Wenn sich eine Regierung aber allein auf die nationalen Verbände stützen wollte, so wäre eine solche Diktatur die abhängigste Regierung, die sich denken läßt. Wir hätten eine Diktatur, die ausgeübt wird von gewissen Führern des Wirtschaftslebens und von den nationalen Verbänden. Die Art, wie manche Teile des Landbundes vorgehen, weist ich zurück. Es ist unter allen Umständen Pflicht und Schuldigkeit der Landwirtschaft, für die Ernährung des Volkes zu sorgen. Denn der Landbund das von der Zusammensetzung der Regierung abhängig macht, gibt er den Beamten und Arbeitern ein böses Beispiel. Dann könnten auch die Rotenbrüder verlangen, daß ein kommunistischer Wirtschaftsminister sein soll, wenn sie dem Reich die Noten drucken sollen. Schließlich produzieren doch nicht nur diejenigen, die sich Produzenten nennen. Auch die geistigen Arbeiter, die am Wiederaufbau des Vaterlandes arbeiten, sind Produzenten. Nicht vom Materielem, sondern vom Geistigen muß der Wiederaufstieg kommen. Ein Kabinett, das sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt, ist im Deutschen Reichstag von vornherein durch keine Kombination zu erzielen. Es muß die Mehrheit suchen, und wenn es die Mehrheit nicht findet, wird die Frage akut: Soll nun der Reichstag aufgelöst werden, oder soll das Direktorium kommen, das sich unter Ausschaltung der Parteien auf die wirtschaftlichen Verbände stützt. Vor diesem zweiten Weg warne ich. Nicht aus persönlichen Gründen, da ich selbst den Augenblick begrüßen würde, der mich von der Amtsbürde befreite. Wenn ich aber im Amt bleiben und die bisherige Politik weiter vertreten soll, kann ich es nur, wenn mir in der eigenen Fraktion keine Schwierigkeiten gemacht werden. käme die Diktatur, so würde die außenpolitische Mehrbelastung, die daraus erwächst, nicht getragen werden können. Wir haben außenpolitisch viele Belastungsproben auszuhalten müssen. Die Durchführung der militärischen Kontrolle haben wir ablehnen müssen. Man wirft uns die Rückkehr der Kronprinzen vor und droht mit neuen Sanktionen. Ich halte es aber doch für besser, neuen französischen Bruttataten ausgesetzt zu sein, als dem Vorwurf, daß der letzte Deutsche aus dem Weltkrieg noch im Ausland fern von seiner Familie welle muß. Man wird voraussichtlich die Auslieferung des Kronprinzen fordern. Wir werden diese Forderung selbstverständlich ablehnen. — Wir stehen in Verhandlungen über ausländische Kredite. Diese Verhandlungen können nur zum Erfolg führen, wenn Deutschland sich von inneren Krisen freihält. Für Mehrleistungen und Mehrproduktion wird die Regierung die Voraussetzungen schaffen. Die Regelung der Arbeitszeit wird ungefähr in dem Sinn erfolgen, wie sie durch das Arbeitszeitgesetz vorgegeben wird. Die Verminderung des Beamtenapparats, die Aufhebung der Ausfuhrkontrolle, die Führung von Kreditverhandlungen und alles, was der Regierung täglich in den Augen liegt, wird Ihnen zeigen, daß das Kabinett es an Arbeit, Aktivität und Verantwortungsfreudigkeit nicht hat fehlen lassen. Ob diese Tätigkeit in allen Punkten Erfolge zeitigen wird, muß sich erst später zeigen.

Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen und bereiten dem Reichsstaatskanzler eine stürmische Ovation

Klärung der Zusammenhänge.

Ruhr - Ludendorff.

München, 19. Nov. Der Vorsitzende des Deutschen Offiziersbundes schickt dem „Frankfurter“ folgenden Auszug aus dem Protokoll der Vorstandssitzung des Verbandes der bayerischen Offiziers-Regimentsvereine am 11. November 1923, dessen Inhalt zur Klärung der Zusammenhänge und der gegenwärtigen Lage außerordentlich beitragen wird.

Der Vorstand sieht aus vorstehenden Mitteilungen, daß Mißverständnisse und Irrtümer daran schuld sind, daß Ruhr in Ludendorff einen Teilnehmer am Putsch sieht, während Ludendorff sich von Ruhr getäuscht und beleidigt fühlt.

Neues vom Tage.

Am Rhein und Ruhr.

Berlin, 19. Nov. In den Beratungen in der Reichskanzlei über die Rheinlandsfrage ist über die wichtigsten Fragen in allgemeiner Übereinstimmung einig geworden.

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 19. Nov. Ueber die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wird halbamtlich mitgeteilt: Der Auswärtige Ausschuss behandelte am Montag die Rhein- und Ruhrfrage.

Degouttes neuer Erpressungsversuch.

Essen, 19. Nov. General Degoutte erließ eine sofort in Kraft tretende Verordnung, wonach den über 500 Personen beschäftigten Unternehmen im besetzten Gebiet verboten wird, eine Gesamterfassung von Arbeitern und Angestellten vorzunehmen.

Neue Geschäftskreisen Polzcaris.

Poincaré läßt in seiner Sonntagsrede noch aus: Ebenso wie an Reparationen, denken wir an unsere Sicherheiten, Deutschland schaltet und waltet die Angelegenheit mit den Sicherheiten.

England gegen Sanktionen.

Paris, 19. Nov. Zwischen den alliierten Hauptstaaten sind am Sonntag offizielle Verhandlungen im Gange gewesen.

Verständigung deutscher Kohlenlager.

Berlin, 19. Nov. Die Reichseisenbahnverwaltung ist genötigt gewesen, zur Sicherung ihres englischen Kohlenbezugs ihre Braunkohlenlager bei Bitterfeld und Lössenau zu verpfänden.

Die unmöglichen französischen Verkehrsforderungen.

Berlin, 19. Nov. Durch Verhandlungen in Mainz sollte über Einzelheiten der Verkehrsaufnahme im besetzten Gebiet beraten werden.

Der Feigener-Standal.

Dresden, 19. Nov. Der frühere Ministerpräsident Dr. Feigener hat sein Landtagsmandat niedergelegt.

Blutige Kämpfe mit den Sonderbündlern.

Oberpfalz (Siebengeb.), 19. Nov. In der Gegend von Regensburg ist es zu einer förmlichen Schlacht gekommen.

Deutscher Kredit in Amerika.

New York, 19. Nov. Wie aus Washington gemeldet wird, hat Hoover nunmehr seinen Unterstützungsplan für Deutschland fertiggestellt.

Berlin, 19. Nov. Das „Berliner Tageblatt“ teilt folgende Einzelheiten mit: Zwischen den deutschen maßgebenden Stellen und einer englisch-amerikanischen Gruppe werden seit längerer Zeit Verhandlungen über einen Währungs- und Nahrungsmittelkredit geführt.

Vor den Erklärungen der deutschen Vertreter.

Brüssel, 19. Nov. Die Vertreter der deutschen Regierung werden am Freitag dieser Woche die in der Note vom 24. Oktober in Aussicht gestellten Erklärungen über die deutsche Finanz- und Währungsfrage abgeben.

Leserbrief.

Steht fest in Sturz, wenn sie das Schicksal wendet. Rein Herz ist so verarmt und so verlassen, daß nicht ein Engel wieder Trost ihm spendet.

Das lockende Licht.

Roman von Erich Schönstein.

(88)

(Nachdruck verboten.)

Der Bauer aber schlägt aufgeräumt auf den Tisch und lacht, indem er die alte Beva ansieht: „Hab ich's nicht allweil gesagt — Ket laßt mit von Ket? Warm betten tut er sich! Wie lang wird er's machen da unter die Sakermeuter von Bauernschädel, dann geht er mit seiner Bois auch in die Stadt und wird ein vornehmer Herr in ein' vornehmen Laden! Du mein — was meinst, Beva, sollten wir nit auch bezeiten die Geschreiten spielen, das Gelump da verführen und unter die Städtischen gehen?“

gelebt, in dem so viel schöne Sachen waren, daß die kleine Beva hellauf geschrieben hat vor Entziden. Dort auf der Ofenbank hat er ihr's zuerst anvertraut, daß er die Barbara vom Habererhof zu seiner Bäuerin machen wolte.

man ja — wenn sie ihren Schnaps trinken, erwische, leicht einer zu viel und ein Unglück ist bald geschehen! Ist ein Mann da, der verhütet schon eher einen Streik...

(Fortsetzung folgt.)



Erhöhung der Postgebühren vom 20. November an. Die seit 12. Nov. 1923 festgesetzten Postgebühren für...

Table with 4 columns: weight/quantity, price in Reichsmark (RM), price in Papiermark (Pa. M.), and price in Rentenmark (R. M.).

Neue Plakattaxe, Uberschriften der Gebührensätze usw. werden voraussichtlich nicht ausgeben.

Erhöhung der Militärrenten. Die monatliche Zwischenzahlung an die Militärentempfänger wurde verdoppelt.

Zur Notgeldfrage. Die Lieferanten der Lebensmittel haben ihre Verkaufsbedingungen in letzter Zeit in einer Weise verschärft...

Von industrieller Seite wird uns zu dieser Notgeldfrage noch geschrieben:

Die Industrie hat selbstredend keinerlei Interesse, die Schecks als Zahlungsmittel zu verwenden, zumal die Herstellung große Kosten verursacht...

Kraftfahrzeugsteuer. Mit Wirkung vom 19. November ab wird der Zuschlag zu den Steuerfähigen des Kraftfahrzeugsteuergesetzes wie folgt festgesetzt:

Weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten um 22,1 Prozent. Während sich in der abgelaufenen Woche, beginnend am Samstag den 10. und endend am Freitag den 16. November, das Dollarkursniveau...

Reutenmarkt im Postfachverkehr. Der Reichspostminister hat dem Reichskabinett den Entwurf zu einer Verordnung über die Umstellung des Postfachverkehrs auf Reutenmarkt zugehen lassen.

L.C. Wertbeständiges Milchgeß. Auf Grund der Verhandlungen der Landw. Spitzenverbände mit den Milchbedarfsgemeinden wurde für die Dauer vom 21. bis 30. Nov. einschl. der Milchpreis von 15 Goldpfennigen vereinbart...

Kartoffelzufuhr. In der Woche vom 4. bis 11. November wurden im Bahnverkehr rund 85000 Zentner Kartoffeln über 316 Eisenbahnwagen nach Württemberg eingeführt.

Reutennotstandsunterstützung. Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums werden diejenigen Gemeinden, die die Reutennotstandsunterstützung für die zweite Novemberhälfte nach der Reichsrichtzahl vom 8. November d. J. berechnet und ausbezahlt haben...

Abbau der Ortssteuerämter. Auf die kleine Anfrage des Abg. Ströbel (W.B.) an die württembergische Regierung betreffend Aufhebung der Ortssteuerämter wurde vom württ. Finanzministerium nachstehende Antwort erteilt:

Stuttgart, 19. Nov. (Stuttg.) Geierbauer Eng. Wartner hier wurde von der philosophischen Fakultät der Universität Jena zum Dr. phil. promoviert.

Württ. Landestheater. Die Erstaufführung der Gladiatoren Oper „Alfons“ nach der Neubearbeitung von Prof. Hermann Albert, Ordinarius für Musikwissenschaft an der Berliner Universität...

Großheppach, 19. Nov. (Wahl.) Bei der gestrigen Ortsvorwahl erhielt Schultheiß Wolf von Unterleiningen 352 Stimmen, sein Gegenkandidat Eduard Mayer 215. Wolf ist gewählt.

Fremdenstadt, 19. Nov. (Winters Einzug.) In der Nacht zum Montag ist hier reichlich Schnee gefallen, so daß der Schnee bereits 10 Ctm. hoch ist.

Schwemningen, 19. Nov. (Entspannung.) Die Betriebsräte- und Vertrauensmänner-Versammlung hat mit großer Mehrheit beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wurzach, 19. Nov. (Bluttat.) Eine entsetzliche Bluttat hat sich in dem Orte Schloß Feil zugetragen. Der dort angestellte Hauptlehrer Pfender hat seine in den 30er Jahren stehende Ehefrau, sowie sein sechs Jahre altes Söhnchen mit einer Art so schwer verletzt...

Gohsheim, 19. Nov. (Mord.) In der Nacht auf Freitag hat sich hier ein grauenvoller Mord ereignet. Der 40jährige Straßenvart Fritz Groß von hier wurde mit eingeschlagenem Schädel schwer verletzt in seinem Schlafraum aufgefunden.

Politisches aus Württemberg.

Sozialdemokratische Partei. Die Sozialdemokratische Partei Württembergs hat auf letzten Sonntag nach Stuttgart eine außerordentliche Landesversammlung einberufen...

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Bayerisches Geld. Das in Bayern herauskommende wertbeständige Zahlungsmittel ist von der freien Wirtschaft garantiert.

110000 Erwerbslose und Kurzarbeiter in Leipzig. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen und Kurzarbeiter betrug in der 1. Novemberwoche 110 200, davon 29 900 Vollerwerbslose und 80 300 Kurzarbeiter.

Die Bürgererschaftswahlen in Bremen. Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl zur Bürgererschaft wurden folgende Stimmen abgegeben: Deutschnational 15 801, Deutsche Volkspartei 32 250, Deutschdemokratisch 11 244, Demokraten 10 050, Hausbesitzer 5825, Zentrum 3001, Vereinigte Sozialdemokraten 41 295, Kommunisten 25 000.

40 Tonnen deutsche Banknoten für 1300 Franken. Ein Kaufmann in Luxemburg hat in Deutschland für 1300 Franken 40 Tonnen deutsches Papiergeld in Banknoten zu 1, 2, 5, 10 und 20 M. erworben.

Von der eigenen Tochter ermordet. Dieser Tage wurde die Leiche des Ritters Döring in Wittloch aus der Dofse gezogen. Nach dem Befunde zu urteilen, muß das Opfer in geradezu bestialischer Weise ermordet worden sein.

Heiteres. Die Luette. „Woher lernt denn Ihr Junge die entsetzlichen Schimpfwörter?“ — „Wir wohnen neben dem Hirtenzamt.“ (Jugend.) Ein Stänbchen. „Wobon haben Sie denn solch ein engländetes Auge?“ — „Mir ist für ein paar tausend Mark Kohle hineingeflogen.“

Handel und Verkehr.

1 Dollar: Berlin 2,513,700 G., 2,526,300 Br.

1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs 600 Milliarden (600 Ma.) Papiermark.

1 Goldmark nach dem Berliner Briefkurs 601,5 Milliarden (601,5 Ma.) Papiermark.

Amtl. Berliner Zevienkurse vom Montag, 19. Nov.: (Die Notierungen verstehen sich in Milliarden M.)

Table with 2 columns: City, Exchange Rate. Includes entries for London, Paris, Berlin, etc.

Wirtschaftszahlen vom Montag:

Table with 2 columns: Value, Unit. Shows figures for Goldmark, Papiermark, etc.

Umrechnungssatz für Steuern u. Zölle 600 Ma. Goldfranken (ab 16. Nov.) 1 Franken = 600 Ma. Silberankaufspreis vom 19. Nov. ab 230 Ma.-sach. Lebenshaltungsinde (19. Nov.) 218,5 Ma.-sach. Lebensmittelp. (Großhandel) 242,7 Ma.-sach.



Stuttgarter Indog (14. Nov.) 269,240 Ma.-fadj.  
 Großhandelsindog (13. Nov.) 1328 Ma.-fadj.  
 Einfuhrwarenindog (13. Nov.) 305 Ma.-fadj.  
 Inlandswarenindog (13. Nov.) 257,8 Ma.-fadj.  
 Industrieliefer (13. Nov.) 303,5 Ma.-fadj.  
 Buchhändlerkäufelzahl ab 19. Nov. 660 Ma.  
 Buchdruckerkäufelzahl (ab 15. Nov.) 30 Ma.

6,9 Trillionen schwebende Schuld. Nach dem Reichsfinanzministerium für die Zeit von 21. bis 31. Oktober hat sich die schwebende Schuld des Reiches innerhalb dieser Zeit von 407,8 Milliarden M. um 6,5 Trillionen auf 6,907 Trillionen M. an diskontierten Schahausweisungen erhöht. In Riffen ausgedrückt beträgt die Zahl der schwebenden Schuld 6 907 511 102 622 000 000 M. Die Zunahme der schwebenden Schuld hat eine Steigerung um rund das zwanzigfache gegenüber der Vorperiode erfahren.

Stuttgarter Börse, 19. Nov. Die Börse zeigte eine durchaus feste Unterlage, wenn auch eine gewisse Zurückhaltung unverkennbar blieb. Besonders gesteigert waren wieder Effekten mit ausgeprochenem Sachwert innerhalb ihrer Bilanz, so insbesondere Stuttgarter Ruder (-f 3000 Milliarden Prozent). Fest waren auch Bankaktien, Hypothekendarb + 2000, Vereinsbank + 3000. Der Spinnereistienmarkt zeigte keine Einheitlichkeit: Roh und Schalle - 100, die übrigen unverändert oder leicht fester. Brauereistien außerordentlich gefragt. Der Maschinen- und Metallmarkt zeigte bei wenig Umfah festes Aussehen. Redarfsulmer + 2000, Messer nur wenig verändert. - Am Freiverkehr war die Zurückhaltung wesentlich größer als im offiziellen Markt. Die Kurse waren mit wenigen Ausnahmen auf der ungefähren Grundlage der Freitagssbörse, nur Böhlager bis zu 600.

Kont. Berliner Produktennotierungen vom 19. Nov. Weizen, märk. 193-200, ruhig; Roggen, märk. 183

die 187, ruhig; Gerste, Sommergerste, märk. 178 bis 184, ruhig; Haber, märk. 162-165, hommer. 155 bis 160, schlei. 100-164, ruhig; in G.M. der 1000 Kg. Weizenmehl 31,5-35, ruhig; Roggenmehl 30,5-32,5, ruhig; Weizenkleie 8,40; Roggenkleie 8-8,20, stetig; Viktoriaerbsen 43-52; N. Speiseerbsen 33-36; Pefusfchen 17-19; Serabellia 1920 20-23; Rapskuchen 13,5-14; Trodenfchnigel 8; Torfmehlfaffe 7,5-8; Kartoffelfäden 16,5-17 in G.M.

L.C. Stuttgarter Landeyproduktenbörse, 19. Nov. Auf der Stuttgarter Landeyproduktenbörse notierten pro 100 Kilo in Goldmark: Weizen 23,5-24,5, Gerste 20-21, Roggen 21-22, Haber 16, Weizenmehl 44 bis 48, Brodmehl 42-44, Kleie 8-9, Wiesenheu 5 bis 6, Kleeheu 6-6,5, Stroh 5-6. Diese Preise gelten nur bei Bezahlung mit wertbeständigen Zahlungsmitteln.

Mannheimer Produktenbörse, 19. Nov. Der Verkehr hielt sich in sehr engen Grenzen. Verlangt wurden für Weizen 24,8-25,5, Roggen 22,5-23, Gerste 20 bis 21, Haber 18,5-19 G.M. die 100 Kg. bahnfrei Mannheim. Weizenkleie 7,5-8, Futtermehl 12, Weizenmehl 36,5-37, Roggenmehl 32-33 G.M.

Der Mulv. Faktor auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt. Die Vorkommission auf dem letzten Donnerstagmarkt, auf dem die Landwirte das Vieh mit dem Multiplikator 300 verkaufen mußten, während am Nachmittag ein Multiplikator von 600 festgesetzt wurde, gab den Interessenten, Vertretern der Landwirtschaftskammern, des Viehverwertungsverbandes, der Metzger und der Händler, Veranlassung zu einer eingehenden Aussprache über die Festsetzung des Multiplikators am Schlachtviehmarkt Stuttgart. Es wurde beschlossen, daß für die Preisbildung der Goldmarkpreis mit dem am Markttag selbst geltenden Multiplikator verbindlich wird und daß der Verkauf gegen sofortige Barzahlung erfolgt.

## Letzte Nachrichten.

Gegen Rahr.

WTB. München, 19. Nov. Eine sozialdemokratische Versammlung in Schweinfurt nahm Stellung gegen von Rahr und proteftierte schärfsten gegen das Verbot der sozialdemokratischen Presse.

Die Parteien und das Kabinett Stresemann.

WTB. Berlin, 19. Nov. In der heutigen Besprechung der Zentrumsfraktion des Reichstages über die politische Lage wurde die Meinung der Fraktion dahin zusammengefaßt, daß sie sich an dem Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Stresemann nicht zu beteiligen gedenkt und daß sie zu dem Vertrauensvotum Stellung zu nehmen zur Zeit noch keinen Anlaß habe.

Von der sozialdemokratischen Fraktion, die ihre Beratungen heute Abend noch nicht beendet, sondern sie morgen fortzusetzen gedenkt, ist, wie in parlamentarischen Kreisen verläutet, ein milderer Mißtrauensantrag zu erwarten, der besonders auf die Verhältnisse in Sachsen und Thüringen Bezug nehmen wird.

Aufweisungen des Sonderbundes.

WTB. Köln, 20. Nov. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Lize: Dem Vernehmen nach hat die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik im Bezirk Lize den Gewerkekommissar Albrecht, sowie den Schriftleiter Hofmann aus dem Rheinland ausgewiesen. Sie wurden hinter Limburg französischen Grenzposten übergeben.

Druck und Verlag der W. Meierschen Buchdruckerei Kienstein, für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kraut.

### Milchliche Bekanntmachungen.

#### Aufruf des Militärbezirksrates über Milchversorgung.

In Stuttgart ist die tägliche Milchlieferung bis auf 16 000 Liter zurückgegangen. In der gleichen Zeit des Vorjahres betrug die Anlieferung noch 40 000 Liter täglich. Allein zur Deckung des Bedarfs des Kindes bis zum 6. Lebensjahr, der werdenden und stillenden Mütter und der Kranken wären 35 000 Liter täglich notwendig. Kehlich, zum Teil noch ungenügender, liegen die Verhältnisse in anderen Städten. Die Kuhzahl ist seit dem Vorjahr nicht zurückgegangen, sondern gestiegen, die Fütterverhältnisse sind nicht schlechter als im Vorjahr. Milchmangel kann also nicht der Grund des Rückgangs sein. Der Preis der Milch ist mit der Landwirtschaft vereinbart, die Zahlungsweise ist wesentlich verbessert, wertbeständige Zahlung ist nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden wertbeständigen Zahlungsmittel vorbereitet. Wenn trotz allem die Milchlieferung sich nicht bessern sollte, so muß der Grund in der Weigerung der Landwirte gesucht werden, Frischmilch in genügender Menge abzuliefern. Dabei geht aber der Nachwuchs in den Städten zu Grunde, Kranke und Alte sind verloren. Die wärtl. Keryze und der wärtl. Ausschuf für Säuglings- und Kleinkinderfchutz weisen ernst und nachdrücklich auf diese Gefahr hin. Die Verzweiflung, die ob diesem Zustand einfehen muß, gefährdet die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Ich habe deshalb das wärtl. Ernährungsministerium ermächtigt, die schärfsten Bestimmungen zur Behebung der Not zu erlassen, wenn nicht in kürzester Frist eine Besserung eintritt. Vorerst richte ich an die Landwirte die bestimmte Aufforderung, die Milchlieferung an die Sammelstelle zu steigern und verpflichte die Gemeindevverwaltung derjenigen Gemeinden, aus denen Milch an Bedarfsgemeinden zu liefern ist, bei eigener Verantwortung mit allem Nachdruck für die Erfüllung der Lieferungsverpflichtung in ihren Gemeinden zu sorgen. Ich werde mich von der Wirkung dieser Anordnung überzeugen und behalte mir weiteres vor.

Stuttgart, den 17. November 1923. gez. Reinhardt.

Die (Stadt-)Schultheßenämter werden hiermit beauftragt, obigen Aufruf unverzüglich in sämtlichen Gemeinden, auch in den Teilgemeinden örtlich bekannt zu machen und denselben den Vorständen landwirtschaftlicher Ortsvereine, landw. Darlehenskassenvereine und sonstiger landwirtschaftlicher Vereine mitandlich zu eröffnen mit dem Ersuchen, auch ihrerseits unter den Landwirten für die Bedienung der Milchlieferung zu sorgen.

Kagold, den 19. Nov. 1923. Oberamt: J. B. Reist, st. Amtmann.

Eitmannsweller.

### Papierholz - Verkauf.



Am Donnerstag, den 22. Nov., nachm. 4 Uhr kommen aus Enzward Abt. Sagwald auf dem Rathaus zum Verkauf:

40 Km Papierholzer. Gemeinderat.

Sajerats haben in unserer Schwarzwälder Tagelsgeltung „Aus dem Tannenz“ Besenbüchsig

### Sünfbronn.

Die Gemeinde verkauft am Samstag, den 24. Nov. d. J., nachm. 2 Uhr auf dem Rathaus im öffentlichen Aufsteich

8 St. Lannen mit 19,15 Jm.

Gemeinderat.

## Stolzenberg-Fortuna

die deutsche.

### Schnell-Schreibmaschine.

Vertreter G. Kübsle Nagold, Fernsprecher 126.

### In vertanfchen:



eine ältere Kuh, 11 monatl. Kind, gegen hochtrachtige oder neuweltige Kalbin.

Gauß, Pfaffenstube.

### Milchziege

Sucht zu kaufen, wer? - sagt die Geschäftsf. d. M.

### Namen- u. Firmen-, sowie Datum-Stempel

in Kautschuk u. Metall, sowie

### Email-Schilder

(auch nachts leuchtende) sind zu beziehen durch die

W. Meier'sche Buchhandlung Kienstein.

### Bedeutende Gewichtszunahme

durch ständigen Gebrauch von Dr. Soldan's Kraft-Lebertran-Emission.

Drogerie Gebr. Benz Nagold und Ehausen.

### Bekanntmachung

betr. die vom 21. November 1923 ab gültigen Bewertungsätze für Sachbezüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Für die Bewertung der Sachbezüge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn werden ab 21. November 1923 im Bereich des Landesfinanzamts (Württemberg u. Hohenzollern) voranschlagt:

	M.	M.	M.
	in	in	in
	Milliarden	Milliarden	Milliarden
1. Für Bechtlinge, Bechtmädchen, weibliche Hausangestellte, Mägde und sonstige gering bezahlte weibliche Hilfskräfte			
a) die volle freie Station (Beköstigung einschl. Wohnung, Heizung und Beleuchtung)	490	3360	14 400
b) die freie Beköstigung (ohne Wohnung)	400	2800	12 000
2. Für männliche Hausangestellte, Kuchler, wärtl. u. weibl. Gewerbegehilfen u. für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen			
a) die volle freie Station	640	4480	19 200
b) die freie Beköstigung	535	3745	16 000
3. Für Angestellte höherer Ordnung z. B. Keryze, Apotheker, Hauslehrer, Hausbienen, Geschäftsführer, Betriebsmeister, Güteinspektoren			
a) die volle freie Station	800	5600	24 000
b) die freie Beköstigung	665	4660	20 000.

Der Wert einzelner Teile der Beköstigung und sonstiger Sachbezüge wird durch das zuständige Finanzamt voranschlagt.

Nach Abhebung der Grundabzugsbeträge werden die einzubehaltenden Steuerbeträge auf volle Markden nach unten abgerundet.

Kienstein, den 19. November 1923. Finanzamt: D. Ueberich, Reg.-Rat.

## Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in seiner so gemachten Zusammensetzung - Seifenpulver und Seifenpulver - ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.

## Dirin

Denker'sches Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Erleistung u. hervorragender Wäschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Bedienung der Wäsche und

## billiges Waschen

